

## Fragenkatalog für Fachverbände und Träger zur Erstellung des Dritten Berichts der Bundesregierung zur Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger

Mit der Beantwortung der nachfolgenden Fragen haben Sie auch in diesem Jahr die Möglichkeit bzw. möchten wir Sie bitten, einen wichtigen empirischen Beitrag für den Dritten Bericht über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger (UMA) zu leisten (Berichtspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag gem. § 42e SGB VIII).

Wir führen aktuell neben dieser Abfrage bei Fachverbänden und Trägern eine gesonderte onlinegestützte Datenerhebung bei Jugendämtern und Einrichtungen, in denen unbegleitete ausländische Minderjährige leben, durch. Bei dieser gesonderten Datenerhebung erhoffen wir uns mittels standardisierter Fragestellungen repräsentative Daten insbesondere zu den Basisdaten zu den unbegleiteten Minderjährigen und jungen Volljährigen, die ehemals unbegleitet minderjährig nach Deutschland eingereist sind. Hinzu kommen Fragestellungen zu den Lebenslagen und Bedürfnissen (u.a. Fluchtgründe bzw. Migrationsgründe; Familiennachzug/-zusammenführung; gesellschaftliche Teilhabe, Integration, soziale Infrastruktur).

Der folgende Fragekatalog basiert auf der Abfrage des letzten Jahres, so dass zahlreiche Fragestellungen identisch sind, um Entwicklungen auf der Basis Ihrer Aussagen zur Situation der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen und der jungen Volljährigen, die ehemals unbegleitet minderjährig eingereist sind, besser darstellen zu können.

Mit dem folgenden Fragenkatalog ist unsererseits nicht die Erwartungshaltung verbunden, erschöpfende Antworten zu sämtlichen Fragestellungen von Ihnen zu erhalten. Vielmehr möchten wir damit gewährleisten, dass in den Fachverbänden vorhandene Wissen für den Dritten Bericht zur Situation der UMA zu nutzen. Selbstverständlich können Ihre Antworten auch aus Anhängen oder Verlinkungen zu bereits vorhandenen Materialien bestehen.

**Vorbemerkung:**

Der AFET-Bundeverband für Erziehungshilfe e.V. ist nur mittelbar in die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der UMA eingebunden. Im Rahmen seiner Strukturen und Aufgaben hat er den Themenkomplex auch 2017/2018 in seinen Gremien beraten und seine Mitglieder dazu um Informationen gebeten bzw. gefragt. Zudem hat er eine ExpertInnenanhörung zum Verteilverfahren durchgeführt, eine Stellungnahme verfasst und eine (Kooperations)Tagung zur Perspektivplanung bei UMA durchgeführt(s. Anhänge).

**I. Wohlergehen, Familienverhältnisse, Fluchtverhalten****(1) Einschätzungen zum Wohlergehen der UMA und jungen Volljährigen:**

- a. Welche spezifischen Bedürfnisse haben UMA und junge Volljährige Ihrer Kenntnis nach (z.B. bezogen auf Betreuung, Unterbringung, medizinische Versorgung, Sprachförderung, Schule und Beruf(svorbereitung), psychosoziale Unterstützung, Freizeitgestaltung, Beteiligung)?

*UMA sind Jugendliche wie andere auch – mit entsprechenden Wünschen, Vorstellungen, Problemen und Ressourcen. Es besteht somit dieselbe Vielfalt an unterschiedlichen Bedürfnissen, wie bei anderen Jugendlichen auch. Die speziellen Bedürfnisse richten sich nach dem individuellen Bedarf im Einzelfall. Dennoch kommen spezifische Aspekte hinzu. Die genannten Bereiche Sprache, med. Versorgung, Schule und Beruf(svorbereitung) erfordern weiterhin besondere Unterstützungsangebote.*

*Wie bereits im Vorjahr angeregt, ist die Schaffung von Möglichkeiten des verlängerten Besuchs berufsbildender Schulen anzustreben (s. Bayern, Nds.). Insbesondere die berufsbezogene Sprache bereitet vielen UMA Probleme. Daher sind hier neben den Berufsschulangeboten spezifische weitere Angebote (Theorie in Verbindung mit Praxis und gute Berufsorientierungsangebote) gefordert (wie z.B. die Programme EQ, BOF oder PerJuf). Die berufliche Vorbereitung stellt eine Herausforderung dar, die über die „normale“ berufliche Orientierung hinausgeht. Stichwortartig seien als Gründe benannt:*

*deutsche (Berufs)Sprache, die (oft unzureichende) schulische Abschlüsse, die ungenügende Kenntnis über das hiesige System (verbunden mit z.T. unrealistischen Erwartungshaltungen), der Komplexität und Undurchschaubarkeit des berufsbildenden Systems und des Bewerbungsverfahrens, die spezifischen finanziellen Bedarfe, der spezifischen Vorstellungen auch der Herkunftssysteme/Eltern u.a.m. Hinzu kommt die Problematik der Aufenthaltssicherung, die durch Ausbildung erreicht werden kann, die aber zugleich Jugendliche wie Pädagogen unter Handlungsdruck setzt „irgendeinen“ Ausbildungsberuf anzunehmen.*

*Medizinisch sind oft intensivere Hilfen geboten als bei vielen deutschen Jgdl. Auch in Bezug auf psychosoziale Hilfen besteht ein hoher Bedarf.*

*Bei der Freizeitgestaltung zeigen sich ähnliche Interessen wie bei dt. Jgdl. (u.a. Fußball, Fitness, Nutzung von Jugendtreffs/„Chillen“, Freunde kennenlernen, Freundinnen finden). Die Integration in Vereine ist kein Selbstläufer und bedarf oft der guten Einführung und Begleitung. Grundsätzlich sind Vereinsmitgliedschaften sehr integrationsfördernd.*

*Partizipative Prozesse sind wie bei deutschen Jugendlichen in den erzieherischen Hilfen unbedingt geboten, (aber ebenso wie bei deutschen Jgdl.) nicht immer leicht implementierbar. Bei UMA kommt hinzu, dass sie mit partizipativen Prozessen weniger vertraut sind.*

- b. Wie schätzen Sie Veränderungen bei den Angeboten und Strukturen für UMA und junge Volljährige 2018 im Vergleich zum Vorjahr ein, um den spezifischen Bedürfnissen der jungen Menschen Rechnung zu tragen?

*Die Angebotsstruktur ist vielfältig. Es gibt alle Formen von Gruppenangeboten und Unterstützungen, sowohl gemischte Nationalitätengruppen als auch Gruppen mit homogener nationaler Herkunft, auch geschlechtsgemischte Gruppe finden sich, zudem reine UMA-Angebote wie Angebote zusammen mit dt. Jgdl. Die Einschätzungen und Erfahrungen sind dabei durchaus unterschiedlich, eine bestimmte Wohnform zu präferieren, fällt schwer. Alle Varianten haben Vor- und Nachteile.*

- c. Wie schätzen Sie pädagogische und psychologische Unterstützungsbedarfe der UMA und jungen Volljährigen ein?

*Die Abschiebeangst, die Sorge vor dem Verlassen der Jugendhilfe, die hohen Anforderungen an frühe Selbstständigkeit nach relativ kurzer Zeit in Deutschland und in der Jugendhilfe belasten die jungen Geflüchteten. Grundsätzlich ist ein längerer Verbleib in der Jugendhilfe zu befürworten, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Die frühe Entlassung aus der JH gefährdet die Erfolge der JH und gefährdet u.U. die jungen Menschen. Grundsätzlich sind weiterhin traumaspezifische und psychologische Unterstützungsangebote notwendig, die insbesondere in ländlichen Regionen schwer zu erhalten sind.*

- d. Welche Erwartungen und Wünsche haben UMA und junge Volljährige für ihr Leben in Deutschland?

*Die große Mehrzahl plant ein Leben in Deutschland und zeigt eine ähnliche Erwartungshaltung wie andere junge Menschen (Ausbildung, Arbeit, Konsumgüter). Allerdings erscheinen einige Erwartungen an sich selber und von außen widersprüchlich (z.B. Ausbildung vs. Geld verdienen; dt. Gesellschaft - zurückgebliebene Eltern). Hinzu kommt der Wunsch nach Familienzusammenführung (wenn die Familie noch lebt), auch der (verstärkte) Aufbau von Freundschaften und Partnerschaften sowie Kontakte zur einheimischen Bevölkerung werden erhofft.*

- e) Welche Kenntnisse haben Sie davon, ob UMA Gewalterfahrungen und/oder Ausbeutung in Deutschland erleben müssen?

*Aus der Praxis wurden dem AFET keine derartigen Berichte übermittelt, allerdings finden sich in der Presse diverse Berichte (etwa über den Tiergarten in Berlin – Prostitution oder in östlichen Bundesländern Rassismus und Gewalt – Cottbus, Chemnitz, Rostock).*

- f) Welche Kenntnisse haben Sie über die Belastung von UMA durch Traumata? Wie schätzen Sie das bestehende Angebot ein?

*Die Praxis berichtet immer wieder von Traumata bei UMA. Diese werden verstärkt durch unklare Lebensperspektiven, Überforderung, Rassismus oder Abschiebeängste. Erziehungshilfeeinrichtungen als „sichere Orte“ bieten Schutz und die Fachkräfte können durch eine Alltagsstrukturierung Unterstützung bieten. Insgesamt zeugen die Berichte aber auch davon, dass viele junge UMA auch Resilienzen entwickeln können. Ob Spätfolgen eintreten ist auch abhängig von den individuellen Perspektiven (Bleibeoption, Partnerschaft, Freundschaften, Verankerung in Deutschland, Hobbys...). Insgesamt haben sich die Fachkräfte im Rahmen ihrer Möglichkeiten (Funktion des sicheren Ortes, Auswirkungen von Traumata) intensiv mit den Folgen von Traumatisierungen auseinandergesetzt - unterstützt durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen, Tagungen und (auch internen) Fortbildungen. Auch gibt es Berichte von guter Kooperation mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie (Freiburg, Hamburg). Psychologische Unterstützung in der Muttersprache ist weiterhin ein Problem, insb. in ländlichen Regionen.*

## **(2) Familienverhältnisse von UMA in Deutschland:**

- a. Wie schätzen Sie die die Familiensituation von UMA ein – beispielsweise mit Blick auf (Halb)Waisen, Geschwisterkonstellationen sowie in Deutschland oder im (europäischen) Ausland lebenden Verwandten?

- b. Welche Relevanz haben Familiennachzüge für UMA, wie werden diese Verfahren ausgestaltet und inwieweit werden Träger/Verbände hier mit einbezogen?
- c. Welche Relevanz haben Familienzusammenführungen für UMA (national und international) und wie werden diese Verfahren ausgestaltet und inwieweit werden Träger/Verbände hier mit einbezogen?  
Welche Unterschiede sehen Sie diesbezüglich zwischen UMA und jungen Volljährigen?

*Familiennachzüge sind für die meisten UMA von großer Bedeutung. Vereinzelt wird berichtet, dass das Verlassen der Jugendhilfe und die erlangte Selbstständigkeit der UMA sich allerdings als Problem in der Familie erweisen können.*

*Die Ausgestaltung der Verfahren wird von öffentlichen wie freien Trägern weiterhin als schwierig und schleppend erlebt, insbesondere dann, wenn die Kenntnis über Familienangehörige erst nach der Phase der vorläufigen Inobhutnahme vorliegt (s. ExpertInnengespräch und Stellungnahme).*

### **(3) Fluchtverhalten von UMA in Deutschland:**

- a. Welche Erkenntnisse haben Sie über Fluchtgründe bei UMA?<sup>1</sup>
- b. Welche Kenntnisse liegen Ihnen zu Gewalterfahrungen bzw. Menschenrechtsverletzungen von UMA in ihrem Herkunftsland sowie auf den Fluchtwegen vor?

*Dazu liegen dem AFET keine eigenständigen und neuen Erkenntnisse vor. Der AFET verweist auf die vielfältigen vorliegenden Informationen (u.a. BAMF, B-UMF, UNICEF).*

## **II. Rechtliche Grundlagen und deren Umsetzung**

### **(4) Welche schriftlichen Empfehlungen, Arbeitshilfen oder Leitlinien, die aufgrund des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher verändert oder neu entwickelt wurden, haben Sie als Träger bzw. Verband im letzten Jahr (seit August 2017) veröffentlicht bzw. überarbeitet?**

*Der AFET hat mit Unterstützung des BMFSFJ ein ExpertInnengespräch zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher durchgeführt und eine Zusammenfassung erstellt. (s. Anhang) Zudem hat der AFET die Erkenntnisse in eine Stellungnahme einfließen lassen. (s. Anhang). In der Fachzeitschrift Dialog Erziehungshilfe wurde die Lage der UMA wiederholt aufgegriffen.*

### **(5) Wie schätzen Sie die Auswirkungen und die Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher mit Blick auf die Aktivitäten Ihres Trägers bzw. Verbandes aktuell ein?**

*(zu den Auswirkungen s. Zusammenfassung des AFET-ExpertInnengesprächs)*

- a. Welche Erkenntnisse liegen Ihnen hierzu vor (z.B. auch vor dem Hintergrund eigener träger- bzw. verbandsspezifischer Untersuchungen und/oder Befragungen)?
- b. Welche Verfahren und Strukturen haben Sie als Träger bzw. Verband im letzten Jahr (seit August 2017) verändert oder neu aufgebaut?
- c. Welche Erfahrungen haben Sie mit den derzeitigen Verfahren und Strukturen für die (vorläufige) Inobhutnahme und in Fällen von weiteren Anschlussleistungen der Kinder- und Jugendhilfe für UMA gemacht?

<sup>1</sup> Bitte benennen Sie Fluchtgründe wie z. B. Zwangsrekrutierungen, politische Krisen und Bürgerkriege, drohende verletzende traditionelle Praktiken, gezielter sexueller Missbrauch von Jungen, um ihre Familien zu entehren, physische oder psychische Gewalt, einschließlich sexuelle Gewalt durch die Eltern, Sklaverei, Kinderarbeit, Kinderhandel, Zwangsheirat o.a.m.

**(6) Wie viele UMA werden Ihrer Kenntnis nach pro Monat als Vermisst gemeldet? Was sind mögliche Gründe für das Verschwinden?**

*Es liegen dem AFET keine belastbaren eigenen Zahlen vor, nach Einschätzung der Landesjugendämter, der JÄ, der Erziehungshilfeeinrichtungen und der AFET-Gremienmitglieder haben jedoch das Verteilverfahren und die geringere Zuzugszahl zu einer Reduzierung der vermissten Kinder und Jgdl. beigetragen. Dies deckt sich mit der Statistik des BKA (u.a. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article172254889/Neue-BKA-Zahlen-5300-minderjaehrige-Fluechtlinge-gelten-immer-noch-als-vermisst.html>).*

**(7) Welche Erkenntnisse haben Sie über die Umsetzung und Ausgestaltung des Asylverfahrens bei UMA und jungen Volljährigen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung ...?**

- a. der Dauer der Verfahren.
- b. der Begleitung von UMA zusätzlich zum Vormund (Betreuer/-innen/ Rechtsanwälte/-anwältinnen...) und deren Qualifikation für diese Aufgabe.
- c. vorhandener Leitfäden o.ä. zum jeweiligen Vorgehen bzw. entsprechender Empfehlungen (bitte beifügen).
- d. der Beteiligung von UMA in den Verfahren.
- e. der Vermittlung und pädagogischen Begleitung der Entscheidungen des BAMF bzw. der Ausländerbehörden gegenüber den UMA.
- f. möglicher Abschiebungen (insbesondere von jungen Volljährigen) als Ergebnis bzw. Konsequenz aus den Verfahren (einschl. Abschiebegründen und Herkunftsländern)

*Hierzu liegen dem AFET keine verbandsinternen Informationen vor.*

### III. Unterbringung, Unterstützungsbedarf sowie Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote

**(8) Welche Kenntnisse haben Sie über die aktuelle Situation zur Unterbringung von UMA und jungen Volljährigen in...?**

- a. ...Erziehungsgruppen (Innen- und Außenwohngruppen).
- b. ...betreuten Wohngruppen.
- c. ...Einzelbetreuungsmaßnahmen.
- d. ...Therapeutischen und heilpädagogischen Settings.
- e. ...Gast-/ bzw. Pflegefamilien.
- f. ...eigenen Wohnungen.

*s. dazu Antwort 1b*

**(9) Wie schätzen Sie den aktuellen Bedarf an Unterbringungskapazitäten ein? Sehen Sie einen Bedarf nach einer Weiterentwicklung des vorhandenen Angebotes?**

*Die Unterbringung in der Jugendhilfe ist gewährleistet. Die Angebotspalette ist breit gefächert. Ein grundlegender Weiterentwicklungsbedarf wird nicht (nicht mehr) gesehen (allenfalls vereinzelt oder konzeptionell vor Ort).*

*Die Unterbringung in eigenen Wohnungen nach Ende der Jugendhilfe bereitet jedoch vielfach Probleme. Die Erfolge der Erziehungshilfe werden gefährdet, wenn keine gute Anschlussunterbringung gelingt.*

**(10) Welche Kenntnisse haben Sie über das aktuelle Angebot für UMA und junge Volljährige bezogen auf soziale und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten? Welche Angebote haben eine hohe Akzeptanz bei UMA und jungen Volljährigen und welche werden weniger nachgefragt? Gibt es Unterschiede zwischen UMA und jungen Volljährigen?**

*Es wird von einer hohen Akzeptanz derjenigen Angebote berichtet, die auch für dt. Jgdl. oft prioritär sind: Fußball (aktiv und passiv), Fitness, Nutzung neuer Medien, aber auch Kochen, die Nutzung von Jugendtreffs oder kulturelle Aktivitäten insbesondere im Bereich von Musik (z.B. Tanzen und Instrumente spielen).*

**(11) Wie schätzen Sie die schulische und berufliche Integration der Minderjährigen ein? Wie schätzen Sie die schulische und berufliche Integration der jungen Volljährigen ein?**

*Die Berichte sind zwiespältig. Einerseits ermöglicht die gute wirtschaftliche Lage eine berufliche Integration etwa in Ausbildung, andererseits gibt es starke regionale Unterschiede (z.B. hohe Arbeitslosigkeit und hoher Anteil an UMA in Bremen) und es bestehen Vorbehalte insb. in den östlichen Bundesländern. Die berufliche Integration leistet vor allem das Handwerk (auch aus Eigeninteresse). Oft ist eine Überforderung der UMA und z.T. der Betriebe feststellbar (insbes. bei den berufsbezogenen Sprachkenntnissen und schulischen Anforderungen), was wiederum zu Abbrüchen führt. Zu den Abbrüchen führt zudem, dass die Berufe nicht passgenau vermittelt werden, sondern bestehende Angebote mangels Alternativen angenommen werden. Ein weiteres Problem sind finanzielle Engpässe (u.a. Erwartung der Jgdl. wie der Eltern schnell Geld zu verdienen). Für einen nicht unerheblichen Anteil an jungen UMA kommt (in absehbarer Zeit) keine Ausbildung in Frage. Für sie müssen Alternativen (etwa auf dem regulären Arbeitsmarkt als Helfer oder in Form etwa durch Angebote der Arbeitsagenturen oder der Jugendsozialarbeit gefunden werden. Teilqualifizierungen sind sinnvoll (etwa Flurförderschein oder Führerschein).*

*Grundsätzlich ist eine gute Vorbereitung auf das Berufsleben notwendig, ebenso die Herstellung der Bezüge zu den JobCentern/Jugendberufsagenturen/ Jugendsozialarbeit). Schulungen der Fachkräfte für die spezifische Situation der UMA sind notwendig (vgl. Gravelmann, Berufliche Integration junger Flüchtlinge, 2018), Begleitungen während der beruflichen Integrationsphase müssen zwingend gewährleistet sein, Förderprogramme insb. in Bezug auf berufsbezogene Sprachkenntnisse sind notwendig, ebenso sozialpädagogisch begleitete Ausbildungsprojekte (ÜBA).*

**(12) Welche Kenntnisse haben Sie über Kooperationsstrukturen und Netzwerke für die Versorgung/Betreuung von UMA und jungen Volljährigen?**

*Vor Ort bestehen vielfach weiterhin Netzwerke, die die Versorgung und Betreuung der UMA und der jg. Volljährigen unterstützen. Koordinatoren für diese Netzwerke sind sinnvoll (vgl. <https://www.bmbf.de/de/hilfe-fuer-kommunen-und-kreisfreie-staedte-1829.html>). Die Netzwerke müssen weiterhin professionell begleitet und geleitet werden, um konstruktive Arbeit verrichten zu können. Das Einbeziehen von zivilgesellschaftlichen Akteuren ist notwendig.*

*Die Netzwerkstrukturen sollten nach Möglichkeit auch zukünftig erhalten bleiben und den Bedarfen entsprechend fortentwickelt werden (etwa vermehrt Fokus auf die berufl. Integration oder die Unterstützung beim Leben in eigenen Wohnräumen)*

**(13) Wie schätzen sie die vorhandenen Kapazitäten an Dolmetschern bzw. Sprach- und Kulturmittlern ein? Wie geeignet sind die Dolmetscher bzw. Sprach- und Kulturmittler für Ihre Aufgaben?**

*Sprach- und Kulturmittler müssen, um gute Arbeit leisten zu können, vielfach qualifiziert werden und eine längerfristige Perspektive erhalten. Sie können eine wichtige Unterstützung darstellen und einen spezifischen Zugang zu den UMA finden, es gibt aber auch Berichte über Probleme (etwa Nähe-Distanz, Kompetenzüberschreitungen).*

*Über fehlende DolmetscherInnen wird deutlich seltener als in der Vergangenheit berichtet.*

**(14) Besteht aus Ihrer Sicht ein Qualifizierungsbedarf der Vormünder für die Begleitung und Unterstützung von UMA und – wenn ja – in welcher Hinsicht besteht der Bedarf?**

*Für die besonderen Bedarfe der Vormünder in der Arbeit mit UMA sind Qualifizierungen vielfach erfolgt. Dies war und ist aus Sicht des AFET unbedingt notwendig. Die Qualifizierungsbedarfe sehen Vormünder vor allem in ausländerrechtlichen Fragen. Es gibt aber weiterhin grundlegende Bedarfe der Qualifizierung, die sich aus der besonderen Lage der UMA ergeben (Familie im Herkunftsland; inter-kulturelle Aspekte, islamistische Radikalisierung, berufliche Orientierungsprobleme etc.).*

**(15) Wie bewerten Sie die Situation von jungen Volljährigen hinsichtlich des Verlassens der Kinder- und Jugendhilfe?**

*Die Übergangsgestaltung ist schwierig (Verweis: gemeinsame Veranstaltung des Dialogforums "Bund trifft kommunale Praxis" im Deutschen Institut für Urbanistik und des AFET – Dokumentation liegt noch nicht vor).*

*Oft fehlt es an Wohnraum oder nachbetreuenden Angeboten. Die Anforderungen an die jg. Menschen sind hoch (Arbeitsaufnahme, Ämtergänge, Anträge, Haushaltsführung, Finanzen, gesell. Integration etc.). Die Kumulation von zu hohen Herausforderungen mit Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen bekannten negativen Folgen Erreichtes in Frage stellen. U.a. trägt Arbeitslosigkeit zu kritischen Bewältigungsversuchen (z.B. Drogenkonsum, (Auto)Aggressionen) bei, kann Einsamkeit verstärken, Integration behindern, zu gesundheitlichen Problemen führen und bestehende Traumata verschärfen.*

*Zugleich haben viele junge UMA durch die Unterstützung der Erziehungshilfe gute Grundlagen erhalten. Je länger die erzieherischen Hilfen in Anspruch genommen werden können, umso erfolgreicher scheint zumeist der Übergang (s. Studie Mascenaere).*

*Grundsätzlich ist eine frühzeitige und kontinuierliche Perspektivplanung geboten. Der AFET hat bereits in seiner Antwort 2017 darauf hingewiesen, dass regelhaft Übergangsbegleitungen installiert werden müssen. Patensysteme / Coaches / Übergangsbegleitungen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, Mentoren in den Betrieben und ehrenamtliche Paten als Unterstützung für die gesellschaftliche Integration müssen initiiert, forciert und begleitet werden.*

**(16) Sind Ihnen hinsichtlich der Unterbringung, Unterstützung und Betreuung regionale Besonderheiten bzw. Unterschiede bekannt?**

*In den östlichen Bundesländern sind die Auswirkungen der ausländerfeindlichen Reaktionen eines Teils der Bevölkerung zu spüren.*

*In den wohlhabenderen Städten (etwa München, Hamburg oder Freiburg) gibt es gute Unterstützungsangebote in der Jugendhilfe, aber insb. nach dem Verlassen der Jugendhilfe Probleme vor allem aufgrund der desolaten Wohnsituation.*

*Die Arbeitsmarktintegration ist in florierenden Regionen deutlich besser als in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit*

*Probleme in der Rekrutierung von Fachkräften wurden dem AFET für den Bereich UMA nicht übermittelt.*

#### **IV. Ausblick und Herausforderungen**

**(17) Welche Entwicklungen erwarten Sie für die Situation der UMA und jungen Volljährigen im nächsten Jahr?**

*Zu den spezifischen Herausforderungen und zur Vertiefung der gegebenen Antworten auf die obigen Fragestellungen verweist der AFET auf seine Stellungnahme vom Mai 2018 „zur Situation geflüchteter junger Menschen, unter besonderer Berücksichtigung des Koalitionsvertrages und des Verteilverfahrens nach § 42b SGB VIII“. Grundsätzlich ist anzumerken, dass ambivalente politische Signale im Ausländerrecht bei Jugendlichen wie Fachkräften Verunsicherung auslösen. Ohne gesicherten Aufenthalt kann Perspektivplanung nur schwerlich erfolgen.*

**(18) Wo sehen Sie allgemein und für Ihren Verband/Träger die größten Herausforderungen?**

*Aus der Stellungnahme: „Der AFET warnt eindringlich vor der Gefahr der Entstehung eines sozialen „Sprengstoffs“ durch frustrierte und zur Untätigkeit verurteilte junge Menschen. Er sieht die dringende Notwendigkeit, jungen Flüchtlingen Perspektiven zu bieten und begrüßt entsprechende Aktivitäten wie etwa Arbeitsmarkt- oder Sprachförderprogramme, die Verbesserung von Aufenthaltsregelungen oder Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Willkommenskultur und Integrationsangebote helfen bei der*

*Integration. Bemühungen der jungen Flüchtlinge, etwa die deutsche Sprache zu lernen, schulisch oder beruflich voranzukommen, werden nachlassen oder eingestellt, wenn Perspektiven fehlen. Die Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas in Bezug auf Geflüchtete darf nicht zur Folge haben, dass restriktive Denk- und Handlungsmuster die Oberhand gewinnen.“*

*Um die Integrationsbemühungen nicht zu gefährden, ist eine Fortsetzung von Unterstützungsprogrammen notwendig bzw. es sind neue Angebote zu entwickeln bzw. auszubauen (etwa kombinierte Sprach- und Berufsintegrationsangebote oder staatl. finanzierte Ausbildungsprogramme). Die entsprechenden finanziellen Ressourcen müssen von Bund, Ländern und Kommunen auch zukünftig bereitgestellt werden. Gering Qualifizierte UMA bedürfen besonderer Unterstützung (u.a. Beratung, Alphabetisierungen, Teilqualifizierungen, Arbeitsangebote). Berufliche Integration ist zentral für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und eine gelingende gesellschaftliche Integration (15. KJB), weshalb hierauf ein besonderer Fokus zu legen ist, zudem bleibt die Anschlussunterbringung vor allem in den Ballungszentren ein neuralgisch schwieriger Aspekt. In eher ländlich strukturierten Gebieten scheint der Übergang in Wohnungen noch zu gelingen (etwa in Schleswig-Holstein).*

**(19) Welchen Einfluss haben die politischen Debatten zu diesem Themenfeld auf Ihre Arbeit?**

*Der AFET sieht sich aufgefordert, die vielfältigen politischen Debatten zu begleiten. Dies etwa bei den Koalitionsvertragsvereinbarungen, der Diskussion über Anker-Zentren oder Ausgrenzungsdiskussionen, die die Problematik rechter und rechtsextremer Diskurse und gewalttätiger Angriffe befördern, aber auch in Bezug auf die Diskussionen über die Gefährdungen der UMA durch islamistische Propaganda. Selbstverständlich sieht sich der AFET insbesondere auch der fachlichen Diskussion weiter verpflichtet. Dieser wird ganz im Verständnis des Verbandes gemeinsam mit öffentlichen wie freien Trägern insbesondere in den Gremien und der Fachzeitschrift stattfinden.*